

Stefanie Hürtgen*

Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie

Der alltagspolitische Diskurs zu »Systemrelevanz« als Auseinandersetzung um eine sozialökologische Politik der Arbeit

Zusammenfassung: Ich diskutiere alltagspolitische Interventionen von Arbeiter*innen zu ihrer »Systemrelevanz« in demokratietheoretischer Perspektive. Die These lautet, dass ein fundamentaler Zusammenhang von sozialer Demokratie und gesellschaftlichem Charakter von (Lohn-)Arbeit wirksam ist, der dringend mehr Beachtung benötigt. Nach einer empirischen Illustration argumentiere ich entlang von drei theoretischen Schneisen: mit Blick auf einen gesellschaftlichen Begriff von Lohnarbeit und Arbeiter*innen, zum Verhältnis von Arbeit und Demokratie und zur Aktualisierung und Erweiterung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs als sozialökologisch fürsorgliche Praxis. Abschließend wird die diskurspolitische Verwandlung von Arbeiter*innen in »Helden« als Angriff auf soziale Demokratie skizziert.

Schlagwörter: Lohnarbeit, Gesellschaftliche Arbeit, Soziale Demokratie, Fürsorgliche Praxis

Social Labour and Social Democracy

The Everyday Political Discourse on »System Relevance« as a Dispute About a Socio-Ecological Politics of Work

Abstract: I discuss the everyday political interventions of workers in the debate on »system relevance« in terms of democratic theory. The thesis is that a fundamental connection between social democracy and the social character of (wage) work, which urgently needs more attention. After an empirical illustration, I argue along three theoretical tracks: on the societal concept of wage labor and workers, on the relation between labor and democracy, and on the actualization and extension of the social concept of labor as a socioecological caring practice. Finally, the discourse-political transformation of workers into »heroes« as an attack on social democracy is outlined.

Keywords: Wage labour, Social Labour, Social Democracy, Caring Practice

* **Stefanie Hürtgen** ist *associate professor* für Geographie und Soziologie an der Universität Salzburg.

1. »Systemrelevanz von unten«?

Der Begriff der »Systemrelevanz« ist aus der Coronakrise nicht mehr wegzudenken. Die Bezeichnung hat eine technokratische Seite (Öffnungsregelungen, Kinderbetreuung in den Lock-Downs usw.), und sie hat eine alltags- und diskurspolitische, die hier interessiert. Denn im Unterschied zum gleichlautenden Schlagwort zur »Rettung der Banken« 2008ff. standen unter Corona nicht nur die Branchen der kritischen Infrastruktur im Zentrum (Pflege, Versorgung und Logistik). Darüber hinaus sind nun auch konkrete Arbeitsbedingungen im Fokus, und viele Arbeiter*innen melden sich selbst in Bezug auf ihre »Systemrelevanz« zu Wort.¹ In unzähligen Foren, Dokumentationen und Zeitschriftenartikeln wird über »Systemrelevanz« diskutiert, darüber, was sie bedeutet, für wen sie gilt, ob sie (einem selbst) wichtig ist, und welche Konsequenzen diese Charakterisierung hat – oder auch nicht.

Von offizieller Seite erhielten die *essential workers* symbolpolitische Anerkennung in Form von »Ehrung und Bewunderung« (Koch 2021). Den Beginn machten hier teilweise selbstorganisierte, teilweise staatlich unterstützte Applauskampagnen, später folgten Dankesreden seitens hochrangiger Staatsvertreter*innen (z.B. Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier), und schließlich erhielten die Arbeiter*innen je nach Branche, Unternehmen und Beschäftigtengruppe Gratifikationen in Form von kleineren Präsenten,² Preisnachlässen (für Verkäufer*innen) beim Einkauf in »ihrem« Handelsunternehmen, »Dankeskonzerte« von namhaften Künstlern oder einmalige Boni in relativ geringer Höhe.³ Diskurspolitisch etablierte sich die Bezeichnung der Arbeiter*innen als »Helden«, in Artikeln der »seriösen« Tagespresse und in unternehmerischen Image-Kampagnen⁴ ebenso wie in zahlreichen Foren der »sozialen Medien« (IMWF/F.A.Z.-Institut 2020).

1 Mein Fokus liegt auf den Arbeiter*innen. Aus Platzgründen muss ich ausklammern, dass selbstredend auch Branchenvertreter*innen und Unternehmen ihre »Systemrelevanz« betonten, v.a. um Unterstützungsgelder zu erhalten bzw. von Schließungen ausgenommen zu sein. In Deutschland erhielten u.a. der Reisekonzern TUI, die Lufthansa und die Handelskette Galeria Karstadt Kaufhof jeweils Milliarden-Zuwendungen; in Österreich gab es eine Diskussion darüber, dass sich Waffenhandel und Reisebüros auf der Regierungsliste systemrelevanter Branchen fanden, Buchläden aber beispielsweise nicht (Der Standard 2020).

2 Zum Sinnbild wurde hier die *Merci-Schokolade* (vgl. RadioDreyeckland 2020).

3 Mittlerweile wurde in einigen Branchen (Bahn, Pflege u.a.) eine tarifvertragliche Einmal-Prämie von bis zu 1.500 Euro vereinbart.

4 Das Handelsunternehmen Netto plakatierte in seinen Filialen: »So sehen Helden aus! Unsere Filialmitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die alles geben, um euch zu versorgen.« (Koch 2021: 78)

Die sozialwissenschaftliche Diskussion thematisiert vor allem den Widerspruch, dass die essentiellen Berufe und Tätigkeiten zugleich diejenigen mit besonders geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen sind. Mit paradigmatischem Verweis auf den Pflegesektor unterstreicht sie die längst überfälligen sozialpolitischen Strukturveränderungen (Villa 2020). Ich teile selbstredend diesen wichtigen Befund, will die Debatte aber erweitern. Denn bislang bleibt weitgehend ausgeblendet, wie sich die (Selbst-)Bezeichnung als systemrelevant zur Kritik an Arbeits- und Lebensbedingungen verhält. Warum verweisen Arbeiter*innen auf die gesellschaftliche Bedeutsamkeit (ihrer) (Lohn-)Arbeit, wenn sie auf notwendige soziale Verbesserungen zu sprechen kommen? Und warum weisen dabei nicht wenige Arbeiter*innen die Charakterisierung als »Helden« zurück? Theoretischer formuliert: In welchem Verhältnis steht ein sich alltagspolitisch artikulierendes (Arbeits-)Subjekt und der transindividuelle, gesellschaftliche Charakter von dessen (Lohn-)Arbeit?

Meine These ist, dass die aktuelle »Systemrelevanz«-Debatte dringend auch demokratietheoretisch zu betrachten ist. In der (alltags-)öffentlichen Verhandlung von »Systemrelevanz« ist ein fundamentaler, allerdings insgesamt zu wenig theoretisch geklärter Zusammenhang wirksam: der Zusammenhang von sozialer Demokratie und gesellschaftlichem Charakter von (Lohn-)Arbeit. Er ist grundlegend für die historische Arbeiter*innenbewegung (Castel 2000), aber eben auch für das aktuelle (alltags-)politische Verständnis von Arbeiter*innen und ihrem Handeln im Hier und Heute. Er wird allerdings insbesondere in der deutschsprachigen Debatte zwar empirisch, bislang jedoch kaum theoretisch-begrifflich zur Kenntnis genommen (kritisch Nies 2015; Hürtgen 2017a).

Um diese Leerstelle geht es hier. Ich will entlang einiger theoretischer Schneisen begrifflich genauer fassen, dass und warum (alltags-)politisch eingreifende Artikulationen von Arbeiter*innen ihre Arbeit als »systemrelevant« und ihre Kritik an gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen eine demokratiepolitische Auseinandersetzung darstellen, in denen das gesellschaftliche Verständnis von (Lohn-)Arbeit verhandelt wird. Eine solche Betrachtung ist aus mindestens drei Gründen dringend: Erstens wird nur demokratietheoretisch die Brisanz der – wie ich es nenne – *Verwandlung* von Arbeiter*innen in Helden sichtbar, die über die Konservierung strukturell krisenhafter sozial- und arbeitspolitischer Verhältnisse hinaus eine diskurspolitische Aushebelung des Zusammenhangs von Arbeit und Demokratie darstellt. Zweitens besteht eine gravierende arbeitspolitische Repräsentationslücke, das heißt eine große Diskrepanz zwischen einer Fülle von arbeitspolitischen (Alltags-)Auseinandersetzungen und Streiks einerseits und einem »fehlenden öffentlichen Resonanzraum« zu deren progressiv-verallgemei-

nernder gesellschaftspolitischer Verarbeitung andererseits (Dörre 2019: 36). Diese Repräsentations- und Resonanzlücke ist allerdings auch ein Problem der kritischen Wissenschaft selbst, die das arbeitende (Alltags-)Subjekt zwar als notwendigen Träger einer »demokratiepolitischen Offensive von unten« (Detje/Sauer 2018) benennt, dessen Alltagskritik aber nicht *als politische* theoretisiert und verallgemeinert. Drittens schließlich ist der Zusammenhang von Arbeit und Demokratie allgemein grundlegend für die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation als notwendig *demokratischer* (Balibar 2012); das heißt die emanzipatorische Neubestimmung von Arbeit und Ökonomie muss theoretisch (und politisch) das Alltagssubjekt als unmittelbare (Re-)Produzentin der gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge einschließen.

Der Beitrag ist folgendermaßen strukturiert: Ich beginne mit einer Diskussion und Illustration der aktuellen (Selbst-)Ermächtigung von Arbeiter*innen in der »Systemrelevanz«-Debatte. Anschließend entwickle ich drei theoretische Zugänge zur Problematik, wobei erstens die Arbeiter*in als *gesellschaftliches Individuum* (Marx), zweitens die Relation von Arbeit und Demokratie und drittens die Aktualisierung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs durch die Care-Debatte im Zentrum stehen. Ich schließe mit der diskurspolitischen Verwandlung von Arbeiter*innen in »Helden« als Angriff auf soziale Demokratie.

2. »Systemrelevanz« und gesellschaftliche (Lohn-)Arbeit

Im großen Unterschied zur sog. »Bankenrettung« in der Finanzkrise 2008ff. verweist die Bezeichnung »Systemrelevanz« in der aktuellen Diskussion nicht auf quantifizierte Wirtschaftsdaten (Anteile am BIP, an Exporten usw.), sondern auf den sozial-gesellschaftlichen Charakter von (Lohn-)Arbeit. Im Zentrum steht die Pflege in ihrer existenziellen Dimension der unmittelbar leiblichen Versorgung und Arbeit am Menschen, allerdings umfasst die Diskussion auch Supermarkverkäuferinnen, Berufskraftfahrer*innen, Beschäftigte der Müllabfuhr, Kulturschaffende und viele andere (z.B. djv 2020; Bernau 2020). Zur Disposition steht jedes Mal die Bedeutsamkeit von Arbeitstätigkeiten nicht (nur) für sich selbst, sondern für konkrete oder abstrakt-gesellschaftliche Andere. Thematisch aufgeworfen ist so der *gesellschaftliche Charakter* von (Lohn-)Arbeit, ihre Relevanz und Nützlichkeit vom Standpunkt des gesellschaftlichen Zusammenlebens (foundational economy 2020; s.a. Graeber 2020⁵). Es geht um ihre inhaltliche Qualität als tätige Reproduktion sozial-

5 David Graeber (2018) fokussiert auf die andere, die dunkle Seite gesellschaftlich relevanter Arbeit, nämlich »sinnlose«, von ihm so bezeichnete Bullshit-Jobs. Sein individual-liberalistischer Ansatz ist hierbei allerdings fragwürdig, interessant hingegen, dass er

gesellschaftlichen Lebens in seiner relationalen Angewiesenheit aufeinander. Dabei sind weder die inhaltliche Bestimmung dessen, was als gesellschaftlich versorgend, nützlich oder sinnhaft verankert wird, noch also der Begriff der »Systemrelevanz« selbst fix und vorgegeben, sondern Resultat sozialer Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse und (umkämpfter) Institutionalisierungsprozesse (Knobloch 2019).

In diese Auseinandersetzung *interveniert* die (Selbst-)Bezeichnung als systemrelevant. Die Beteiligten kritisieren als Arbeiter*innen spezifische Arbeitsbedingungen ebenso wie generelle sozialpolitische Strukturen in Hinblick auf deren notwendige Änderung. Das heißt sie *verbinden* den Verweis auf den gesellschaftlichen Charakter ihrer (Lohn-)Arbeit mit der Selbst-Ermächtigung als politische, kritisch-eingreifende (Arbeits-)Subjekte.

Um dieses Phänomen in Bezug auf die aktuelle Diskussion zu »Systemrelevanz« zu illustrieren, führe ich hier einige Sequenzen und Paraphrasierungen aus einer etwa halbstündigen NDR-Dokumentation an (Rollinger/Arcioli 2021). Die dortigen Protagonistinnen sind eine Pflegerin (Kim P.) und zwei Supermarktverkäuferinnen unterschiedlicher Handelsketten (Farima K. und Betriebsrätin Angela W.). Sie beschreiben den konkreten Inhalt ihrer Arbeit unter verschärften (Corona-)Arbeitsbedingungen (inklusive der Gefahr, sich anzustecken), und sie schildern ihren großen körperlichen und seelischen Einsatz, um »den Job gut zu machen« (ebd.: 02:30). Ihre »Systemrelevanz« ist für sie keine Frage. So hält Verkäuferin Farima K. fest »Ja, gut, jetzt weiß es jeder: Ich bin systemrelevant, auch Verkäuferinnen sind systemrelevant« (ebd.: 00:20). Alle Protagonistinnen kritisieren die bisherigen politischen Anerkennungen als völlig unzureichend, etwa die Pflegerin Kim P. zu den Boni von 500 Euro:

»Finanziell da einfach irgendwie einen Betrag rausschmeißen, das ist ja nicht das, was wir wollen. Wir wollen ja, dass sich im großen und ganzen Gesundheitssystem was ändert [...] Das ist ja das, was wir wollen! So ein kleiner Bonus nebenbei, der macht das nicht wett, was die letzten Jahre alles schief gegangen ist in der Pflege und in der Gesundheitspolitik!« (Ebd.: 13:30ff.)

Und Farima K. führt aus:

»Ich habe nur gedacht: hier wird eine Pandemie auf meinem Rücken abgewälzt und ich kriege dafür ein ›Danke‹. Das reicht mir nicht! Ich bin keine

als Anarchist mit seinem gesellschaftlichen Arbeits- bzw. Tätigkeitsbegriff der anarchistischen Tradition eines Kampfes »gegen« Arbeit faktisch widerspricht.

Heldin, ich mach' das nicht ehrenamtlich. Das ist mein Job und ich möchte dafür respektiert werden, auch gut entlohnt werden, gut davon leben können.« (Ebd.: 05:39ff.)

Angesichts des niedrigen Lohns sei schon eine Waschmaschine eine »Superherausforderung«, die Rente werde absehbar nicht reichen, und in der gesamten Einzelhandelsbranche arbeite nur noch jeder Vierte unter Tarifvertrag. Das müsse sich ändern, dafür wolle sie sich stark machen. Sie startet eine öffentliche Petition: »Was ist die Arbeit einer Heldin wert?«. Sie und Angela W. reisen nach Berlin, um dort den Bundestagsfraktionen die Dringlichkeit höherer Löhne für Verkäufer*innen zu erläutern, Farima K. sucht zudem um Unterstützung ihrer Gewerkschaft ver.di, und tritt mit Interviews in die mediale Öffentlichkeit. Angela W. macht deutlich, dass ein Jobwechsel für sie keine Option ist: »Einfach woanders hingehen, das geht nicht. Wenn sich jeder das Leben so einfach macht, kriegen wir ja nie irgendwas geregelt und ordentlich.« (Ebd.: 26: 25ff.)

Wir sehen in dieser kurzen Vignette exemplarisch die oben angesprochene handlungsleitende Verknüpfung von drei zusammenhängenden Dimensionen: Erstens ein Verständnis der eigenen (Lohn-)Arbeit in ihrem gesellschaftlichen Charakter als Arbeit für konkrete und allgemeine Andere; zweitens eine Kritik sowohl an unmittelbar eigenen Arbeitsbedingungen (Lohn, Personal) *als auch* an allgemeinen sozialgesellschaftlichen Strukturzusammenhängen (»das große und ganze Gesundheitssystem«, Tariflandschaft im Einzelhandel, Rentensystem); und drittens ein (alltags-)politisches Engagement⁶ zur Artikulation und Veränderung der kritisierten Verhältnisse.

3. Arbeitsbegriff und gesellschaftliches (Arbeits-)Subjekt

Das traditionelle arbeits- und ökonomiepolitische kritische Wissenschaftsspektrum tut sich insgesamt schwer damit, den gesellschaftlichen Charakter von (Lohn-)Arbeit als subjektive Alltagsauseinandersetzung in den Blick zu nehmen. Zwar besteht eine umfassende politische und theoretische »marxistische« Tradition zu Fragen solidarischer Arbeiter*innen-Organisation, allerdings reicht diese typischerweise nicht bis hinunter zum einzelnen (Arbeits-) Subjekt als notwendigem Träger jedweder organisierten

⁶ Ich betone hier das Alltagspolitische als eine Form der Artikulation und des Engagements über den »normalen« (Arbeits-)Alltag hinaus, d.h. nicht von dafür »zuständigen« (und bezahlten) Repräsentant*innen und Funktionär*innen.

Aneignung des Gesellschaftlichen.⁷ So entsteht in der polit-ökonomischen Marx-Tradition (im Unterschied beispielsweise zur sozialphilosophischen, vgl. Negt 2012) eine bemerkenswerte Diskrepanz. Einerseits gilt der gesellschaftliche Charakter von (Lohn-)Arbeit aus »objektiver«, analytischer Perspektive als völlig unzweifelhaft, denn verwertungslogisch organisierte Arbeit hat immer auch einen material-sozialen Gehalt, einen Gebrauchswert. Andererseits wird dieser widersprüchliche Zusammenhang den (Lohn-)Arbeiter*innen selbst nicht als ein fundamentaler Widerspruch ihrer Alltagspraxis zugestanden. Die Argumentationsfigur vom Lohnarbeiter als objektiviert-individualisiertem Warenbesitzer erdrückt oft die andere Seite der Medaille: dass Arbeiter*innen auch unter objektivierenden Bedingungen Subjekte bleiben, die sich *gesellschaftlich*, das heißt als Bestandteil einer Fülle zumeist ungleich strukturierter Sozialbeziehungen innerhalb wie außerhalb der Lohnarbeit konstituieren – und dabei im Gesamt das Gesellschaftliche reproduzieren.

Um die aktuellen Alltags-Artikulationen zu »Systemrelevanz« als demokratiepolitische wahrnehmen zu können, muss also die (neoliberalistische wie auch oft »marxistische«) Fiktion einer vereinzelt-konkurrenz-warenförmigen Existenz von (Arbeits-)Subjekten und einer rein »privat«-persönlichen Orientierung auf ihre Arbeitsverausgabung durchbrochen werden.⁸ Arbeiter*innen sind als *gesellschaftliche Individuen zu bestimmen*. Als Subalternisierte verfügen Arbeiter*innen nicht über die Gesamtheit der gesellschaftlichen Kooperationsbeziehungen, dennoch sind sie deren aktiv-tätige (Re-)Produzent*innen. Die herrschende Verwertungslogik kann überhaupt nur bestehen auf der Grundlage von sozialökologischen und über sie hinausweisenden Kooperationsbeziehungen, innerhalb wie außerhalb der Lohnarbeit (Becker-Schmidt 2017).⁹ Arbeiter*innen reproduzieren in ihrer Lohnarbeitsverausgabung unhintergebar *subjektiv*, das heißt unauslöschar *handelnd-reflexiv*, den immer schon kooperativ-sozialen, aber als privat-konkurrenz-orientierten kapitalistisch-patriarchalen Arbeitsprozess. Und sie reproduzieren ihn also in seiner eklatanten Widersprüchlichkeit, mit sich selbst als subalternisierten (Arbeits-)Akteuren darin.

Erst mit einem solchen Begriff von Arbeiter*innen als *gesellschaftlichen Individuen* kann die alltägliche subjektiv-handelnde Bezugnahme auf

7 Vgl. hierzu den frühen, äußerst lesenswerten PROKLA-Aufsatz von Christel Neusüß (1978).

8 Arbeiter*innen sind, mit Klaus Holzkamp (1979: 14) gesprochen, keine »Umschaltstellen«, in denen theoretisch identifizierte allgemeine Strukturen in Verhaltensweisen »transformiert« werden.

9 Mit Blick auf den innerbetrieblichen Arbeitsprozess gibt es einige Studien zum hohen Stellenwert eigensinnig-kooperativen Handelns (z.B. Wolf 1998; Böhle u.a. 2011).

(Lohn-)Arbeit als alltagspolitische Auseinandersetzung theoretisiert werden. Das gesellschaftliche (Arbeits-)Subjekt verbindet sich dann analytisch mit einer qualitativen Erweiterung des (Lohn-)Arbeitsbegriffs, insofern Lohnarbeit schlichtweg nicht auf ihre verwertungslogische Abstraktion und ihre konkurrenzuelle Privatheit zu reduzieren ist. Sie ist im Gegenteil immer schon, und eben auch subjektiv, nicht nur leiblich-»ökologisch«, sondern auch sozial verfasst. Mit einem Begriff von Arbeiter*innen als gesellschaftlichen Individuen können wir die subjektive Orientierung auf die soziale Relevanz der eigenen (Lohn-)Arbeit sichtbar machen als jeweils historisch konkrete, immer umkämpfte und widersprüchliche *aktive Überschreitung* der »strukturellen« Zurichtung als Objekt, das selbst nicht nach dem sozialen Inhalt seiner Vernutzung zu fragen hat. Nur als gesellschaftliche Subjekte begriffene Arbeiter*innen können das Gesellschaftliche ihrer Arbeit thematisieren.

Die französische Soziologin Danièle Linhart (2009) bezeichnet die subjektive Orientierung auf den sozial-gesellschaftlichen Sinn der »eigenen« (Lohn-)Arbeit als *Autonomie* (übrigens gerade auch der »unqualifizierten« Arbeiter*innen), ihre – wenngleich fremdbestimmte, geist- und körperfeindlich organisierte – Lohnarbeit als *Tätigkeit für andere* zu verrichten.¹⁰ Sie zeigt sich in einer eigensinnig inhaltlich-sozialen Sorgsamkeit dem Arbeitsprozess und Arbeitsresultat gegenüber. Diese Sorgsamkeit gerät beständig in Konflikt mit der auf Profitabilität und Effizienzsteigerung ausgerichteten (hierarchischen) Organisation des Arbeitsprozesses als Verwertungsprozess und avanciert genau deshalb zu einem zentralen Kriterium, der Bewertung und Kritik von Arbeitsbedingungen (Hürtgen/Voswinkel 2014; Nies 2019).¹¹ Die *subjektive gesellschaftliche Sinnorientierung* von Arbeiter*innen (Hürtgen 2017a) stellt eine in Art und Ausmaß keineswegs selbstverständliche (Selbst-)Ermächtigung dar,¹² die wiederum unmittelbar gesellschaftlichen Charakter

10 Ähnlich argumentiert Ingrid Kurz-Scherf (2016a: 114): »Unter herrschaftlichen Bedingungen hat Arbeit als ›Tätigkeit für andere‹ eine hierarchische Struktur der Abhängigkeit und Entfremdung wie auch der Ausbeutung – und zwar als Erwerbstätigkeit wie auch als unbezahlte Tätigkeit. Gleichzeitig hat Arbeit als ›Tätigkeit für andere‹ aber immer auch die horizontale Struktur der Kooperation, die durch ihre hierarchische Struktur mehr oder weniger rigide überformt ist, *sich darin aber nicht auflöst*. Genau darin liegt das Potenzial von Arbeit als Moment der ›Selbstverwirklichung‹ menschlicher Freiheit in kooperativem Handeln.« (Herv.: S.H.)

11 Auch für die sogenannte pragmatischen Soziologie ist die sozial-inhaltliche Arbeitsorientierung eine zentrale Dimensionen der Legitimation von Kritik (Boltanski/Thévenot 2007; Dubet 2008).

12 Innerhalb fortgesetzt ungleicher Verhältnisse bleiben progressive Selbstermächtigungen widersprüchlich und können beispielsweise mit Ausgrenzungsverhalten einhergehen (vgl. z.B. Hürtgen 2017b).

hat, weil mit ihr die arbeitend-hergestellte Beschaffenheit der (marktförmig) vergesellschafteten Güter und Dienstleistungen und damit gesellschaftliche Lebensqualität zur Disposition stehen.¹³

Bekanntermaßen eignen sich Staat und Management in der nun vermarktlichten Unternehmensführung die sozial-gesellschaftliche Arbeitsorientierung in ihrem Profitabilitätsinteresse an und suchen eine (im Zweifel autoritäre) Verpflichtung der Arbeitssubjekte auf Identifikation mit ihrer Tätigkeit, um so effizienzsteigerndes Engagement für die zu verrichtende Lohnarbeit durchzusetzen. Entsprechend nahe liegt die Befürchtung, dass eine theoretische Affirmation der gesellschaftlichen Sinnorientierung von (Lohn-)Arbeiter*innen selbst noch zum Vehikel einer (weiteren) Verschärfung von Ausbeutung wird (Umney/Coderre-LaPalm 2021). Diese Sorge ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings stellt sich hier ebenso wie bei anderen okkupierten progressiven Werten und Handlungsorientierungen die Frage: Gelingt es, sie aus der privat-verwertungslogischen Inkorporierung, aus ihrer »Einsperrung in die Fabrik« (Linhart 2009) herauszubrechen und als dem privat-kapitalistischen Interesse entgegengesetzte, *gesellschaftspolitische* Angelegenheit zu behaupten? Dazu muss die subjektive Orientierung auf den sozial-gesellschaftlichen Charakter von (Lohn-)Arbeit allerdings politisch ernstgenommen, theoretisch bestimmt und historisch-konkret verortet werden.

Ausmaß und Qualität der subjektiven gesellschaftlichen Sinnorientierung von Arbeiter*innen sind in der Tat nicht auf der allgemein-abstrakten Ebene der kapitalistischen Produktionsweise als solcher zu betrachten, sondern nur mit Blick auf historisch-konkrete kapitalistische Gesellschaftsformationen und ihre sozialpolitische Formung. Konkret verbindet sie sich, wie Linhart am Beispiel des französischen *service public* ausführt, erstens mit wirksamen arbeitspolitischen Rechten zur Kritik und Verbesserung der (eigenen) Arbeitsbedingungen und zweitens mit der allgemein-gesellschaftlich verankerten Idee von (Lohn-)Arbeit als Beitrag zum Gemeinwohl und zur gesellschaftlichen Infrastruktur (ähnlich Flecker u.a. 2014). Die Autonomie, sich auf den gesellschaftlichen Charakter von (Lohn-)Arbeit zu beziehen, wird so sichtbar als demokratiepolitische Frage, als Art und Ausmaß der Möglichkeiten, verwertungslogische Zumutungen zu überschreiten und diese Überschreitung institutionell zu verstetigen. Arbeiter*innen müssen ihre handlungsleitende Orientierung in Bezug auf die gesellschaftliche Relevanz ihrer Arbeit und

13 Man denke hier zur Illustration an den »Dieselskandal« in der Autoindustrie, an einstürzende Brücken beispielsweise in Italien oder an kaum engagiertes, weil chronisch überlastetes Personal in verschiedenen Behörden.

daran geknüpfte Ansprüche nicht nur artikulieren, sondern auch sozialpolitisch verankern können, beispielsweise als verlässliche Überwindung eklatant knapper Personalressourcen, die ihrerseits »ordentliche«, »sinnvolle« und »gute« Arbeit verhindern.

4. Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie

Damit ist der Zusammenhang von Arbeit und Demokratie thematisch. Gehen wir nach den bisherigen Darlegungen von einem erweiterten, gesellschaftlichen Arbeitsbegriff und einem Arbeitssubjekt als gesellschaftlichem Individuum aus, ist es sinnvoll, von *sozialer Demokratie* zu sprechen, durchaus in Abgrenzung von der in der letzten Zeit wieder stärker diskutierten »Wirtschaftsdemokratie« (vgl. Demirović 2018). Denn der prinzipiell affirmative Bezug auf »die Wirtschaft« (und entsprechend auf »die Unternehmen«, »den Betrieb«, »die Beschäftigten« usw.) unterstellt begrifflich bereits das Terrain, das es nun aber sozialökologisch dringend neu zu bestimmen gilt, inhaltlich wie akteursseitig. (Und er führt dabei oft auch zu unkritischen Fortführungen produktivistischer und ähnlicher Setzungen.) In Anschluss an Etienne Balibar (2012) setzt *soziale Demokratie* dagegen von vornherein am *gesellschaftspolitischen* Herrschaftscharakter der kapitalistisch-patriarchalen Produktionsweise an und orientiert auf eine Neuorganisation von Arbeit als ihre Neubestimmung.¹⁴ Soziale Demokratie ist nicht »auf ein Schutz- und Sicherungssystem gegen die dramatischsten Formen der Armut« zu reduzieren. Sie ist keine »Auflistung sozialer Rechte [...] und noch weniger ein [...] paternalistisches System ›sozialer Protektion‹, die den als passiven Nutznießern [...] wahrgenommenen ›verletzlichen‹ Individuen von oben zustünde (selbst wenn die liberalen Ideolog*innen es unermüdlich so darstellen).« (Ebd. 36ff.).

Soziale Demokratie ist vielmehr als widersprüchliche Auseinandersetzung um politische Ermächtigungen *innerhalb* einer von Klassen- und rassistischen, sexistischen und territorialen Spaltungen durchzogenen politischen Ökonomie anzusehen (Bareis 2020).¹⁵ Sie ist in diesem Sinne »antagonistische Vergesellschaftung von Politik« (Dörre 2019), die allerdings – so die Grundannahme – das Potenzial einer (Selbst-)Emanzipation der

14 Selbstredend ist auch der Begriff soziale Demokratie umkämpft. Thomas Meyer (2006) beispielsweise verengt ihn in Richtung eines notwendigen Instruments für soziale Stabilisierung durch Inklusion.

15 »Ohne die Bereitschaft, die inhärenten Widersprüche von ›Demokratie‹ zu reflektieren und zu kritisieren, befinden wir uns schnell in einem zivilgesellschaftlich ausgeschmückten Staatsdiskurs der ›Verteidigung der Demokratie.‹« (Ebd.: 27)

Vielen als Form und Grundlage einer kapitalismus-überwindenden Vergesellschaftung enthält. Entsprechend ist soziale Demokratie ein Gegenbegriff zu dem in den privat-kapitalistischen Eigentums- und Arbeitsverhältnissen eingelassene *Theorem von der Unwissenheit der Arbeiter*innen, ihrer vermeintlichen prinzipiellen Inkompetenz* (Balibar 2012: 28). Gegen diese, sich immer wieder neu aufdrängende bürgerlich-(neo)liberale Konstruktion von Demokratie als Verhältnis von Expert*innen zur Masse steht das *politische Gestaltungsvermögen der Subalternisierten* im Zentrum, das heißt das ausgebeutete, beherrschte Alltagssubjekt als *prinzipiell gestaltungsfähiger* Träger gesellschaftlicher Veränderungen.¹⁶ Das Alltagssubjekt und das Alltagshandeln haben hier eine transformative Potenz, die in permanenter Auseinandersetzung einerseits um die Verallgemeinerung, andererseits um die (national-territoriale, sozial-hierarchische usw.) Exklusion von politischen Gestaltungsrechten zu denken ist, eine Auseinandersetzung also, die zunächst innerhalb von und in Relation zu fortgesetzt ungleich-exkludierenden Vergesellschaftungsformen zu denken ist und entsprechende Grenzen und Widersprüche aufweist.

Arbeit ist notwendig das Herzstück der derart umkämpften sozialen Demokratie. Denn Arbeit (im allgemeinsten Sinne) markiert den (rechtlich auszugestaltenden) Zusammenhang zwischen tätig-praktischer Hervorbringung und politischer Mitgestaltung des gesellschaftlichen Gesamten, was auch innerhalb ungleich-kapitalistisch verfasster Strukturen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber umfasst, was Arbeit überhaupt bedeutet (Balibar 2012; Kurz-Scherf 2016a).

Der französische Soziologe Robert Castel (2000) untersucht diesen Zusammenhang von (sozialer) Demokratie und gesellschaftlich verankertem Arbeitsbegriff *historisch*, mit Blick auf die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung (ausführlich Hürtgen 2017a; 2021). Castel und sein monumentales Werk *Die Metamorphose der sozialen Frage* werden im deutschsprachigen Raum oft auf eine Darlegung der Überwindung und darauf folgenden Rückkehr von Exklusion und Prekarisierung verengt. Dabei wird übersehen, dass es Castel um weit mehr ging als um den »Aufstieg« der Arbeitenden von einer verachteten, sozial zutiefst unsicheren Position des »Proletariats« hin zu einer sozial relativ geschützten und materiell teilhabenden Gruppe der Lohnabhängigen. Sein wesentlicher Fokus liegt auf dem gesellschaftlichen Verständnis

16 Balibar stellt *Menschenrechte* ins Zentrum, die gegen den politisch-praktischen, an die bürgerlich-kapitalistische Form selbst gebundenen Ausschluss (von Frauen, Kindern, Fremden... »niedereren Rassen« usw.) als zu politisierendes universelles *Recht auf aktive Politik* hochgehalten werden müssen.

von Arbeit¹⁷ und eine daran geknüpfte demokratietheoretische Frage: »Wie kann ein bloßer Lohnarbeiter selbst zum Rechtssubjekt werden?« (Castel 2011: 63). Castel zeichnet nach, wie sich im Zuge einer Vielzahl von sozialen Auseinandersetzungen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und politische Mitspracherechte der Arbeiter*innen überhaupt erst eine allgemeine Vorstellung von (Lohn-)Arbeit als solcher entwickelt. Wie sich ein gesellschaftliches Verständnis von (Lohn-)Arbeit historisch herausbildet, ist für ihn zentral, denn er will zeigen, dass die relative Verallgemeinerung politischer Bürgerrechte (das heißt die Inklusion von Arbeiter*innen in diese Rechte) auf der Grundlage eines seinerseits verallgemeinerten gesellschaftspolitischen Verständnisses ihrer Arbeit erfolgt.¹⁸ Diese ist dann – in der fordistischen *Lohnarbeitsgesellschaft* – nicht länger nur *private* Angelegenheit, individuell vereinzeltes, nach persönlichen Beziehungen strukturiertes und den Markunsicherheiten unterworfenen Tagwerk. Lohnarbeit wird vielmehr nun – in ihrer Anbindung an »Sozialeigentum« und verallgemeinerte Mitgestaltungsrechte – ihrerseits *politisch* vergesellschaftete, öffentliche Angelegenheit und inhaltlich neu bestimmt als Arbeit für die Gesellschaft, als für die Gesellschaft nützliche Tätigkeit.¹⁹ *Auf dieser Grundlage* erhalten Arbeiter*innen den Status eines für die Allgemeinheit (mit-)verantwortlichen (Rechts-)Subjekts. Sie werden *als Arbeiter*innen* zu Trägern gesellschaftlicher Gestaltung: »Der Arbeiter besetzt damit auf seine Weise – als Produzent – den öffentlichen Raum. [...] Das Arbeitsrecht besiegelt sein Bürgerrecht.« (Castel 2011: 67).

Balibar (2012: 43f., 167ff.) bezieht sich seinerseits auf Castel, kritisiert aber, dass dieser zu stark einer (durkheimschen) Logik des organischen gesellschaftlichen Ganzen folge, sodass die hierarchisierenden und aufsprenghenden (Klassen-)Dynamiken an den Rand gedrängt würden. Mit Linhart, Balibar und Castel ist an dieser Stelle aber festzuhalten: Das umkämpfte Konstrukt soziale Demokratie beinhaltet eine theoretische Bestimmung der Arbeiter*innen nicht nur als (alltags-)politische, die Gesellschaft gestaltende Akteure, sondern *damit zusammenhängend* auch als Träger einer Auseinandersetzung um den Arbeitsbegriff in seinem zunächst weiterhin kapitalistisch geformten, gleichwohl immer auch gesellschaftlichen Charakter. Der verwertungslogischen Abstraktion von Lohnarbeit als Waren herstellender Arbeit schlechthin stellt sich dort, wo soziale und politische Arbeitsrechte

17 Der Untertitel des Werks lautet: *Eine Chronik der Lohnarbeit* (nicht: der Lohnarbeiter*innen).

18 Zur Rechtsform als gesellschaftlich umkämpften Abstraktionsprozess vgl. Buckel 2007.

19 »[D]ie Arbeit musste selbst als kollektive Produktionsform anerkannt werden, als kollektiver Akt, der über die Besonderheiten der von den Individuen erfüllten Arbeiten hinausgeht. Dieser Wandel vollzieht sich zusammen mit [...] der Anerkennung der Arbeitstätigkeit als einem Akt der Arbeit im *Allgemeinen*, einem gesellschaftlichen Akt.« (Castel 2011: 67)

(alltags-)praktisch wirksam sind, eine jeweils historisch konkrete andere Art der Verallgemeinerung konflikthaft zur Seite: die Verallgemeinerung als gesellschaftliche, politische Mitgestaltung evozierende Arbeit.

5. Demokratie als fürsorgliche Praxis

Castel selbst hat sich nicht weiter mit einer Charakterisierung dessen befasst, was gesellschaftlich nützliche und sinnvolle Arbeit sein soll. Seine Reflexionen verbleiben auf der Ebene von Lohnarbeit in ihrem gesellschaftlichen Charakter im Allgemeinen. Faktisch spart er transnationale (migrantische) Arbeitszusammenhänge ebenso aus, wie er die (weibliche) Haushaltstätigkeit völlig unkritisch als »privat« auffasst und so den herrschenden arbeitspolitischen und arbeitsbegrifflichen Dualismus reproduziert. Er kann so den Zusammenhang von sozialer Demokratie und Arbeitsbegriff nicht über die fordistisch-patriarchale Wohlfahrtsgesellschaft hinaustreiben und für die ökologische Debatte fruchtbar machen, das heißt demokratietheoretisch danach fragen: »Was ist überhaupt Arbeit«? (Balibar 2008: 83)

Hier liefert die ökologische und feministische Debatte eine notwendige Aktualisierung des dargelegten Zusammenhangs von Arbeit und Demokratie. Ihr Thema ist die *Qualität* der Institutionalisierung von (Lohn-)Arbeit als gesellschaftlichem Beitrag, der *Inhalt* dessen, was als gesellschaftlich sinnvoll, beitragend und nützlich bestimmt und in entsprechenden sozialen Rechten institutionalisiert werden muss – über ein männlich-produktivistisches (fordistisches) Verständnis von Wohlfahrt hinaus. Im Zentrum steht eine Aktualisierung und Spezifizierung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs als *Caring*, als kooperativ sorgende, fürsorgliche Praxis. Care ist mit anderen Worten nicht länger auf eine bereichs- und sphärenbezogene Arbeitstätigkeit und personengebundene Versorgung in Haushalt- und Pflegeberufen reduziert, sondern als Schlüsseldimension jeglichen sozialintegrativen gesellschaftlichen Zusammenlebens und -arbeitens *überhaupt* theoretisch verallgemeinert. Gegenüber einem wesentlich auf Waren ausgerichteten Arbeitsverständnis steht so die *Soziabilität* von Arbeit (Kurz-Scherf 2016b), die tagtägliche (Re-)Produktion der – immer auch leiblichen, an Natur gebundenen – gesellschaftlichen Relationen im Zentrum. Care in diesem weiten Sinne mündet in das Konzept von *Arbeit als fürsorgliche sozialökologische Praxis*, d.h., »die Gesellschaft von den Erfordernissen des Sorgens und der sozialen Reproduktion her zu denken« (Aulenbacher 2020: 138). Arbeit als fürsorgliche Praxis besteht nicht jenseits sexistisch-verwertungslogischer Strukturen, sondern ist von diesen vielmehr ebenso durchzogen, wie sie sich beständig innerhalb und gegen sie durchsetzen muss (Plonz 2011).

Abermals ist ein derartig sozial-ökologischer Arbeitsbegriff an demokratische politische Formen gebunden, an *Demokratie als fürsorgliche Praxis* (Tronto 2020). Die demokratische Gestaltungsfähigkeit ist zentral als institutionalisierte *Ermöglichung* eines sorgend-anteilnehmenden tätigen (Welt-)Verhältnisses. Für die (lohn-)arbeitenden Alltagssubjekte muss es arbeitspolitisch *praktizierbar* sein (beispielsweise in der Art der konkreten Ausgestaltung der Arbeitsprozesse), Verantwortung gegenüber dem sozial-gesellschaftlichem Inhalt ihres (arbeitenden) Tuns zu übernehmen. Sie müssen die politisch hergestellte Möglichkeit vorfinden, *Sorge zu tragen* für ihre Arbeit als einer Arbeit, die auf konkrete oder abstrakt verallgemeinerte Andere ausgerichtet ist. Dies braucht soziale Absicherung *und* politische Rechte der öffentlichen Artikulation und des wirksam-eingreifenden Handelns, um konkret-individuelle wie allgemein-gesellschaftliche (Arbeits-)Bedingungen zu kritisieren und zu verändern, weil sie Fürsorglichkeit und Verantwortlichkeit behindern.

Die eingangs zitierten Verkäuferinnen und die Pflegerin können als idealtypische Protagonist*innen in der aktiv-handelnden Herstellung dieses Zusammenhangs von sozialer Demokratie und fürsorglich-gesellschaftlichem Arbeitsverständnis betrachtet werden. Sie nehmen ihre politischen Artikulations- und Organisationsrechte in Anspruch, um als (Lohn-)Arbeiter*innen in den öffentlichen Raum zu intervenieren, das heißt sich trotz ihrer subalternen Position als politisches Subjekt zu ermächtigen. Die Arbeiter*innen agieren dabei nun aber gerade nicht *allein* mit Blick auf ihre privat-persönlichen Reproduktionsinteressen. – es geht nicht *allein* um bessere Personalausstattung, höhere Löhne usw. für sie selbst und ihr nahes Umfeld (selbst wenn ihnen dies selbstredend wichtig ist). Auch eine persönliche Verbesserung durch Jobwechsel ist keine Option, denn dann »kriegen wir ja nie etwas geregelt und ordentlich«. Vielmehr stehen über konkret-individuelle Veränderungen hinaus allgemein-gesellschaftliche Strukturen im Fokus: das Rentensystem, das Tarifsysteem, das »große und ganze Gesundheitssystem«. Die oben zitierten Arbeiter*innen agieren *sowohl* als menschliche, in ihrer lebendigen Arbeitsverausgabung verletzbar (etwa erschöpfte, von Ansteckung bedrohte) Trägerinnen von Arbeitskraft mit entsprechenden sozial-leiblichen Reproduktionsinteressen, *als auch* als Träger von Arbeitskraft im gesellschaftlichen Sinne. Sie sind gesellschaftlich arbeitende Individuen, die angesichts der erdrückenden Kostenreduktions- und Effizienzsteigerungslogik den sozial-gesellschaftlichen Gehalt ihrer Arbeit nur noch mit enormer Mühe realisieren und ihrer Verantwortlichkeit immer schlechter nachkommen können.

In der Tat stehen gerade die Pflege- und Versorgungsbranchen nicht allein für niedrige Löhne, Prekarisierung und Personalmangel, sondern damit

zusammenhängend sind sie der Brennpunkt der generellen Problematik, wie sozial-verantwortungsvolle Arbeitsverausgabung zugespitzt verunmöglicht wird. Für die Pflege ist lange vor Corona breit debattiert worden, dass Maßstäbe würdevoller leiblich-menschlicher Versorgung vielfach nicht mehr eingehalten werden können (Aulenbacher/Dammayr 2014; Schmidt 2017). Aber auch über sie und die Versorgungsbranchen hinaus zeigt die Arbeitsforschung seit Jahren, dass weitreichende Flexibilisierung und Extensivierung der (Lohn-)Arbeit verbunden mit ihrer bemerkenswerten Verdichtung (etwa durch Digitalisierung, neue Dokumentationsaufgaben und Politiken extrem knapp bemessener Personalressourcen) und der permanenten organisatorischen Restrukturierung der Arbeitsabläufe eine inhaltlich-verantwortungsvolle Arbeitsorientierung unterminieren. Diese kann dann oft nur noch im Modus der »Selbtextensivierung« (Nick Kratzer) aufrecht erhalten werden oder sie wird explizit aufgegeben, »um sich nicht kaputtzumachen« (Hürtgen/Voswinkel 2014).

Der zugespitzte Widerspruch zwischen »permanentem Notstand« in der Arbeitsorganisation und »Kampf um gute Sorgearbeit« (Decieux u.a. 2020) ist also – ganz im Sinne eines erweiterten Arbeitsbegriffs – als »neuer sozialer Konflikt« (Vester u.a. 2007) zu verallgemeinern und in seiner demokratietheoretischen Brisanz auszuloten. Wie hier argumentiert, geht es dann dabei nicht *allein* um ein wachsendes Leiden an und in der (Lohn-)Arbeit, sondern darüber hinaus um die Frage, ob es überhaupt gelingt, ein die sexistische Verwertungslogik transzendierendes Verständnis von (Lohn-)Arbeit als gesellschaftliche Angelegenheit theoretisch und politisch festzuhalten – um es praktisch wirksam sozialökologisch weiterzuentwickeln. Dazu braucht es, das ist die Quintessenz der Argumentation, eine im besten Sinne populäre demokratische Form.²⁰ Soll die aktiv-verantwortliche Überschreitung des Status' als Arbeitskraftverkäufer*in keine zufällige, (vermeintlich) auf individuell-persönliche, »intrinsische« Motivation zurückzuführende Angelegenheit mehr sein, dann muss sie gesellschaftlich verallgemeinert werden, um sich in entsprechende politische Gestaltungsrechte zur Verbesserung von Arbeit, Leben und Gesellschaft einschreiben und zudem diese Rechte selbst weiterentwickeln zu können. Arbeit als sozialökologisch fürsorgliche gesellschaftliche Praxis ist angewiesen auf solche, prinzipiell durch die Träger*innen lebendiger Arbeit selbst gestaltbare Arbeits- und Sozialverhältnisse, die im Gesamt ein sorgend-verantwortungsvolles Verhältnis zur (Arbeits-)Welt und eine sozial-gesellschaftliche Arbeitsverausgabung ermöglichen.

20 Zur Unterscheidung von »populär« und »populistisch« vgl. z.B. Bareis 2020.

6. Die Verwandlung von Arbeiter*innen in »Helden« als Angriff auf soziale Demokratie

Ich habe zur Illustration meiner demokratietheoretischen Betrachtung der »Systemrelevanz«-Debatte eingangs nur einige exemplarische Stimmen angeführt. Die bemerkenswerte Breite der hier relevanten alltagspolitischen Artikulation wird allerdings schon bei kurzer Medienrecherche sichtbar.²¹ Sich dem *demokratiepolitischen* Gehalt dieser eingreifenden Alltagsorientierung zuzuwenden, scheint zentral, um die o.a. Repräsentationslücke überwinden, das heißt die auflebende alltagspolitische Kritik progressiv-verallgemeinernd bearbeiten zu können. Wie gezeigt, hat eine solche wissenschaftliche und politische Bearbeitung allerdings zur Voraussetzung, Arbeiter*innen nicht auch noch theoretisch-kategorial zu objektivieren (als parzelliert konkurrenzzielte Arbeitskraftmonaden), sondern sie als subalternisierte, widersprüchlich verstrickte, allerdings aber als Subjekte und (Re-)Produzent*innen gesellschaftlicher Relationierung durch Arbeit/Tätigkeit – nun in einem weiten Sinne – wahrzunehmen.

Ohne ein Begreifen von Arbeiter*innen als politischen Alltagsakteuren kann die wissenschaftliche und gesellschaftliche Linke auch nicht den herrschenden Strategien zu deren Entpolitisierung entgegentreten. In der Tat ist der Skandal, dass sich an den Arbeitsbedingungen der Versorgungsökonomie im Wesentlichen nichts geändert hat, sich diese vielmehr inmitten der Pandemie noch weiter verschlechtern, und Resignation und »Berufsfucht« um sich greifen, wesentlich auch ein *demokratiepolitischer*. Hierbei ist die (diskurs-)politische Verwandlung der Arbeiter*innen in »Helden« zentral, denn diese Verwandlung *kappt* den Zusammenhang von Arbeit und Demokratie. »Ich bin keine Heldin, das ist mein Job«, sagt die eingangs zitierte Farima K. Sie bekräftigt sich als *Arbeiterin*, um – in der Perspektive sozialer Demokratie – sich als alltagspolitisches Arbeitssubjekt zu behaupten. Als »Heldin« kann Farima K. geehrt werden, aber sie kann keine Rechte auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einfordern. Als »Helden« werden Arbeiter*innen und ihre Arbeit vom rechtlichen und inhaltlichen Vergesellschaftungsprozess zweifach *abgespalten*: Zeitlich werden sie zu einer eingegrenzten *Episode*, zu

21 Zu ihr gehören u.a. die massive Kritik an der vom vormaligen Familienministerium verantworteten Video-Clip-Serie »Ehrenpflegas«, die Schüler*innen zur Ergreifung des Berufs motivieren sollte und von den zentralen Pflegeverbänden und in vielen Protestkundgebungen scharf kritisiert wurde (vgl. Petition »Frau Giffey, stoppen Sie sofort die beleidigende Ehrenpflegas-Kampagne!« unter <https://www.labournet.de>, 9.11.2021). Ein weiteres Beispiel ist die offensive Kritik von Pfleger »Rico« auf einer Pressekonferenz des vormaligen Gesundheitsministers an dessen Politik, vgl. <https://www.youtube.com/>.

einem heroischen Ereignis, und inhaltlich wird die dauerhaft herrschende »Normalität« umkämpfter und strukturell krisenhafter Arbeitsverausgabung ausradiert. Beide Male sind »Helden« von der tagtäglichen (Re-)Produktion des Gesellschaftlichen abgekoppelt. Die angesprochene Empörung vieler Beschäftigter über »Corona-Präsente« bezieht sich nicht allein auf deren relative Wichtigkeit (die selbst noch die strukturelle Geringschätzung versorgender Arbeitstätigkeiten verdeutlicht), sondern auch darauf, dass »es nicht das ist, was wir wollen«, wie Pflegerin Kim sagt, nämlich Strukturveränderungen im »Großen und Ganzen«. Als »Helden« sind die Beschäftigten eine Begebenheit, ein Ereignis. Nur als Arbeiter*innen können sie sich als Protagonist*innen einer allgemein-gesellschaftlichen Problemlage konstituieren, die sich im Pflegenotstand zuspitzt, aber weit darüber hinausgeht: In welcher Weise soll Arbeit in ihrem gesellschaftlichen Charakter rechtlich und institutionell verankert werden?

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2020): Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus. In: Becker, Karina u.a. (Hg.): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus. Wiesbaden: 125-147. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-22315-1_7.
- Aulenbacher, Brigitte / Dammayr, Maria (2014): Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit. In: Dies. (Hg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft, Weinheim/Basel: 66-77.
- Balibar, Etienne (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zur Kritik der sozialen Rechte. In: Lindner, Urs / Nowak, Jörg / Paust-Lassen, Pia (Hg.): Philosophieren unter anderen. Münster: 70-88.
- (2012): Gleichfreiheit. Berlin.
- Bareis, Ellen (2020): Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie. In: Armutskonferenz u.a. (Hg.): Stimmen gegen Armut. Norderstedt bei Hamburg: 27-40.
- Becker-Schmidt, Regina (2017): Pendelbewegungen – Annäherungen an eine feministische Gesellschafts- und Subjekttheorie. Opladen u.a. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctvddzgj>.
- Bernau, Patrick (2020): Auch Kellner und Künstler sind systemrelevant (11.10.2020). URL: <https://blogs.faz.net/>, Zugriff 30.4.2021.
- Böhle, Fritz u.a. (2011): Subjektivierendes Arbeitshandeln. AIS-Studien, 4(2): 16-26.
- Boltanski, Luc / Thévenot, Laurent (2007): Über die Rechtfertigung. Hamburg.
- Buckel, Sonja (2007): Subjektivierung und Kohäsion. Weilerswist.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- (2011): Die Krise der Arbeit. Hamburg.
- Demirović, Alex (2018) (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster.
- Der Standard (2020): Waffenhandel, Reisebüros und Tierversteigerungen vom Lockdown ausgenommen (17.11.2020). URL: <https://www.derstandard.at/>, Zugriff 28.5.2021.
- Detje, Richard / Sauer, Dieter (2018): Wirtschaftsdemokratische Transformation. Der Einstieg von unten. In: Demirović, Alex (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster: 24-41.

- Dörre, Klaus (2019): Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg! In: Ketterer, Hanna / Becker, Karina (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: 21-51.
- Dubet, François (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz. Hamburg.
- djv (2020): Journalismus ist systemrelevant! Pressemitteilung vom 16.3.2020. URL: <https://www.djv.de/>, Zugriff: 28.5.2021.
- Flecker, Jörg / Schultheis, Franz / Vogel, Berthold (Hg.) (2014): Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus Sicht der Beschäftigten. Berlin. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845268989>.
- foundational economy (2020): Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Wien. URL: <https://publik.tuwien.ac.at/>, Zugriff: 28.5.2021.
- Graeber, David (2018): Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit. Stuttgart.
- (2020): Corona & Bullshit Jobs. URL: <https://graeber.video/>, Zugriff: 8.1.2022.
- Holzkamp, Klaus (1979): Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität 1. In: Forum Kritische Psychologie: 10-54.
- Hürtgen, Stefanie (2017a): Der subjektive gesellschaftliche Sinnbezug auf die eigene (Lohn-) Arbeit. Grundlage von Ansprüchen auf Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft. In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): Leistung und Gerechtigkeit? Weinheim/Basel: 210-227.
- (2017b): Verwerfungen in der »moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates«: Ausgrenzungen prekär Beschäftigter und die Problematik sozialer und politischer Bürgerschaft. AIS-Studien 10(1): 23-38. DOI: <https://doi.org/10.21241/ssaoar.64838>.
- (2021): Meaningful Work and Social Citizenship. In: Kupfer, Antonia (Hg.): Work Appropriation and Social Inequality. Wilmington: 107-123.
- / Voswinkel, Stephan (2014): Nichtnormale Normalität? Berlin.
- IMWF/F.A.Z.-Institut 2020: Helden der Krise. URL: <https://www.faz.net/>, Zugriff: 12.6.2021.
- Knobloch, Ulrike (Hg.) (2019): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim/Basel.
- Koch, Daniel (2021): »Sie alle, Sie sind Heldinnen und Helden der Corona-Pandemie!« In: Linguistik online 106 (1). DOI: <http://doi.org/10.13092/lo.106.7510>.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2016a): Demokratie als Projekt und als Maßstab. In: Gerhard Bäcker, Stefan Lehnendorff, Claudia Weinkopf (Hg.): Den Arbeitsmarkt verstehen, um ihn zu gestalten. Wiesbaden: 101-120. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-12159-4_10.
- (2016b): Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, Brigitte u.a. (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden: 269-284.
- Linhart, Danièle (2009): Travailler sans les autres? Paris.
- Meyer, Thomas (2006): Die Theorie der sozialen Demokratie. In: Ders. (Hg.): Praxis der sozialen Demokratie. Wiesbaden: 11-30. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90457-3_1.
- Negt, Oskar (2012): Nur noch Utopien sind realistisch. Göttingen.
- Neusüss, Christel (1978): Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation. In: PROKLA 31 (8)2: 75-113. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v8i31.1663>.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzen von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845266176>.
- (2019): Verwertungszwang und Eigensinn. In: WSI-Mitteilungen 72(1): 13-20. DOI: <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2019-1-13>.
- Plonz, Sabine (2011): Mehrwert und menschliches Maß. Zur ethischen Bedeutung der feministisch-ökonomischen Care-Debatte. In: Das Argument, 292 53(3): 365-380.
- Radio Dreyckland 2020: Wie viel ist unserer Gesellschaft ein »systemrelevanter« Beruf wert? »Wir brauchen keine Merci-Schokolade mehr – was wir brauchen, sind bessere Arbeits-

- bedingungen!« Interview mit Alex, Pfleger auf der Intensivstation des Diakoniekrankenhauses in Freiburg (15.12.2020). URL <https://rdl.de/>, Zugriff: 9.11.2021.
- Rollinger, Carolin / Arcioli, Benjamin (2021): Abgeklatscht und abserviert. Die vergessenen Corona-Helden. Dokumentation des Ersten Deutschen Fernsehens (NDR) (29.3.2021, verfügbar bis 22.3.2022). URL: <https://www.daserste.de/>, Zugriff: 25.5.2021.
- Schmidt, Katja (2017): Who Cares? Strukturelle Ungleichheiten in den Arbeits- und Berufsbedingungen der Pflege. In: *Femina Politica* 26(2): 89-101. DOI: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i2.07>.
- Tronto, Joan (2000): Demokratie als fürsorgliche Praxis. *Feministische Studien*, Extra 2000: 25-42. DOI: <https://doi.org/10.1515/fs-2000-s104>.
- Umney, Charles / Coderre-LaPalm, Geneviève (2021): Class theory and the meaning of work. In: Kupfer, Antonia (Hg.): *Work appropriation and social inequality*. Wilmington: 93-106.
- Vester, Michael / Teiwes-Kügler, Christel / Lange-Vester, Andrea (2007): *Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit*. Hamburg.
- Villa, Paula-Irene (2020): Corona-Krise meets Care-Krise – Ist das systemrelevant? In: *Leviathan* 48(3): 433-450. DOI: <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-3-433>.
- Wolf, Harald (1998): *Arbeit und Autonomie*. Berlin.

**graswurzel
revolution**

GWR 466, Februar 2022
Schwerpunkt:
KontinuiTATEN – Opfer
des Nationalsozialismus



Porträts aus dem Buch von Thomas Billstein „kein vergessen – Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945“

Illustration: moteus

Probexemplar oder Abo: www.graswurzel.net